NACHRICHTEN AG

17. Juni 2025

Zollkonflikt droht: Merz setzt auf Handelsdeal mit den USA bis Juli!

Bundeskanzler Merz erwartet bis 9. Juli einen Handelsdeal mit den USA, der vor allem die Automobilindustrie betrifft.

Coburg, Deutschland - Die Unsicherheit über zukünftige Handelsbeziehungen zwischen der EU und den USA schwebt weiterhin wie ein Damoklesschwert über der europäischen Wirtschaft. Bundeskanzler Friedrich Merz hat kürzlich seine Hoffnungen auf einen Handelsdeal mit den Vereinigten Staaten bis zum 9. Juli geäußert. Diese Äußerungen folgen auf konstruktive Gespräche, die beim G7-Gipfel in Kanada stattgefunden haben. Besonders betont wurde die Automobilindustrie, als ein Schlüsselbereich, der für Deutschland von größter Bedeutung ist, so NP Coburg.

Merz erläuterte, dass die Verhandlungen, die von der EU im Namen aller Mitgliedstaaten geführt werden, voraussichtlich

nicht alle Bereiche abdecken. Angesichts der heftigen Import-Sonderzölle in Höhe von 25 Prozent, die von Trump eingeführt wurden, ist der Druck zur Einigung groß. Die Europäische Union hat klargemacht, dass sie auf diese Zölle mit entsprechenden Maßnahmen reagieren wird, sollten die Verhandlungen scheitern, einschließlich möglicher Gegenzölle. Die derzeitige Handelsbeziehung zwischen der EU und den USA beläuft sich auf beeindruckende 1,5 Billionen Euro pro Jahr.

Folgen eines Zollkriegs

Die Sorge um einen möglichen Zollkonflikt ist nicht unbegründet. Eine Studie der Stiftung Familienunternehmen zeigt, dass die Einführung von 25 Prozent Zusatzzöllen auf alle Güterimporte aus der EU verheerende Auswirkungen hätte. Deutsche Exporte in die USA könnten demnach um fast 43 Prozent einbrechen, und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands könnte um 0,2 Prozent sinken. Besonders betroffen wären Branchen wie die Pharmaindustrie sowie die Automobil- und Maschinenbauindustrie, die Rückgänge von 8,7 Prozent, 4,1 Prozent und 3,8 Prozent verzeichnen könnten, so Tagesschau.

Aber nicht nur direkte Exporteure sind betroffen; auch Unternehmen, die Rohstoffe oder Dienstleistungen liefern, spüren die Auswirkungen eines möglichen Handelskrieges. Eine detaillierte Analyse zeigt, dass die indirekten Auswirkungen auf Lieferketten und Produktionsnetzwerke erheblich sein könnten. Fast 98 Prozent der 237 EU-Regionen würden Einkommenseinbußen erleiden, während einige kleinere Regionen potenziell von diesen Konflikten profitieren könnten, insbesondere im Finanz- und Logistiksektor.

Strategien zur Schadensminimierung

Um den potenziellen Verlusten entgegenzuwirken, könnte die EU durch den Ausbau ihrer Handelsbeziehungen mit anderen Freihandelspartnern, wie Kanada und Mexiko, versuchen, ihre

Abhängigkeit von den USA zu verringern. Strategien zur Diversifizierung und Verbesserung der regulatorischen Zusammenarbeit könnten langfristig BIP-Gewinne ermöglichen und helfen, die Risiken eines Zollkonflikts abzumildern, erklärt eine weitere Analyse des DIW DIW.

Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, um zu sehen, ob ein Handelsdeal tatsächlich zustande kommt oder ob der Handelskonflikt weiter eskaliert. Die politische Rhetorik hat sich verschärft, mit Stimmen aus der SPD, die eine rasche Lösung fordern, während die Bundesbank mehr internationale Zusammenarbeit wünscht. Allen Beteiligten ist klar: Ein zügiger Abschluss der Verhandlungen ist nötig, um die wirtschaftlichen Grundlagen der EU nicht weiter zu gefährden.

Details	
Ort	Coburg, Deutschland
Quellen	• www.np-coburg.de • www.tagesschau.de • www.diw.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de